



Detailansicht des Registereintrags

IHK Nord | Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern e.V.

Aktuell seit 27.08.2026 15:17:15

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004139
Ersteintrag:	11.04.2022
Letzte Änderung:	27.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	26.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Adolphsplatz 1 20457 Hamburg Deutschland Telefonnummer: +494036138385 E-Mail-Adressen: info@ihk-nord.de Webseiten: https://www.ihk-nord.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

440.001 bis 450.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

7,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Malte Heyne**
Funktion: Vorstand
2. **Torsten Haasch**
Funktion: Vorstand
3. **Lars Schöning**
Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Lisa Marie Mock**
2. **Julia Braun**
3. **Frank Zühlke**
4. **Franziska Wille**
5. **Anna-Louise Schröder**
6. **Patricia Schlimbach**
7. **Alexander Anders**

Gesamtzahl der Mitglieder:

13 Mitglieder am 03.05.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Initiative Kiel-Canal e.V.
2. Maritimes Hauptstadtforum (MHF)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (25):

Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Tourismus; Klimaschutz; Güterverkehr; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Verteidigungspolitik; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die IHK Nord ist ein Zusammenschluss von 13 Industrie- und Handelskammern aus den fünf norddeutschen Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und vertritt die Interessen der gewerblichen Wirtschaft Norddeutschlands. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die folgenden fünf norddeutschen Schwerpunktthemen: Maritime Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Infrastruktur und Seeverkehr, Energie- und Industriepolitik, Tourismus, Ernährungswirtschaft, Außenwirtschaftsstandort. Die Stärkung des norddeutschen Wirtschaftsraums ist das übergeordnete Ziel der IHK Nord. Es werden gemeinsame Positionen und Aktivitäten im Interesse der norddeutschen Unternehmen erarbeitet und auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gegenüber Politik, anderen Verbänden und den Medien kommuniziert. Dabei wird das gesamte Spektrum zeitgemäßer politischer Kommunikation genutzt: aktive Öffentlichkeitsarbeit, Parlamentarische Abende, Veröffentlichung von Stellungnahmen und Studien sowie das Angebot von Netzwerkveranstaltungen für norddeutsche Abgeordnete in Berlin und Brüssel. Folgende regelmäßige Veranstaltungsformate bietet die IHK Nord zum Austausch mit der Politik an:

- Nordic Talking in Berlin
- Nordic Breakfast und Nordic Network in Brüssel
- Jährliche Norddeutsche Tourismuskonferenz
- Jährliche Politikgespräche anlässlich der Grünen Woche in Berlin
- Delegationsreisen

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (CCS/U) gefordert**

Beschreibung:

Übergeordnetes Ziel ist der Aufbau einer CO₂-Infrastruktur, die für Norddeutschland von hohem Interesse ist. Es werden vorrangig allgemein Technologieoffenheit (Wirtschaftlichkeit) und die Schaffung einheitlicher Regularien in der EU gefordert. Zudem sind zwei konkrete Forderungen zum einen die Forderung nach einer Opt-In-Regelung, die es einzelnen Bundesländern ermöglichen würde, die Onshore-Speicherung zu erlauben (wie im Gesetzesentwurf bereits vorgesehen) und die Forderung nach der Erhebung des Infrastrukturausbaus in Bezug auf CO₂ in den Rang des überragenden öffentlichen Interesses.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Energie" [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Entwurf eines Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes gefordert

Beschreibung:

Allgemein werden die Beschleunigung des Aufbaus einer Wasserstoffinfrastruktur und der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gefordert, die für den Standort Norddeutschland von besonders hohem Interesse sind. In dem Zusammenhang wird auch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für den Netzausbau durch vereinfachte Prozessabläufe und Digitalisierung gefordert.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 265/24 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: [BMWK \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Reform der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer

Beschreibung:

„Bei der Einfuhr von Gütern nach Deutschland verursacht das in Deutschland aktuell angewandte Verfahren zur Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer eine unnötige Bindung von Liquidität und damit erhöhte Kosten für Importeure, die in den EU-Nachbarstaaten nicht anfallen. Nur durch ein Verrechnungsmodell können Kosten für Wirtschaft und Verwaltung weiter gesenkt und der Anreiz für Importeure gestärkt werden, Seehäfen und Flughäfen in Deutschland zu nutzen. Logistikzentren sowie Niederlassungen von Dienstleistern und weiterverarbeitenden Unternehmen würde das Verrechnungsmodell neue Anreize bieten, sich verstärkt in Deutschland anzusiedeln. Mit dem Verrechnungsmodell können zudem Einnahmen der öffentlichen Hand und die ökologische Bilanz von Güterströmen verbessert werden.“ (ZDS, 2024)

Betroffenes geltendes Recht:

[UStG 1980](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Güterverkehr [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Schifffahrt [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407190013](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

4. Praxistaugliche Umsetzung der EU-Verordnung 2023/1115 für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR)

Beschreibung:

Grundsätzlich sieht sich die europäische Wirtschaft und insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) derzeit einer Vielzahl von neuen regulatorischen Herausforderungen gegenüber. Regulierungen, die europäische Wirtschaftsstandorte im internationalen Wettbewerb potenziell benachteiligen, sollten nur den unbedingt notwendigen Umfang haben und müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Der derzeitige Rechtstext der EUDR hält diesen Anforderungen aus Sicht der norddeutschen Wirtschaft nicht Stand. Dies kann nicht im Sinne des Verordnungsgebers sein und ist zu korrigieren.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2409230016 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Erhöhung des Hafenlastenausgleichs durch den Bund

Beschreibung:

Die IHK Nord fordert eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Seehäfen als Infrastruktur von nationaler Bedeutung. Ein Gutachten kommt dabei zu dem Schluss, dass der Bund seine Finanzhilfen bereits auf Grundlage des bestehenden Rechtsrahmens erhöhen könnte. Konkret wird eine dauerhafte Grundfinanzierung der Seehäfen durch den Bund in Höhe von 500 Mio. Euro jährlich gefordert, die laut Analyse durch einfachgesetzliche Änderung des Seehafenfinanzierungsgesetzes möglich ist.

Betroffenes geltendes Recht:

BFinHBRuaG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Güterverkehr [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Schifffahrt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608270011 (PDF - 45 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.08.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

6. Aufhebung des LkSG, maßvolle Umsetzung der CSDDD, Senkung der Energiepreise**Beschreibung:**

Die IHK Nord fordert von der neuen Bundesregierung insbesondere die Aufhebung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) und die maßvolle Umsetzung der Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD). Zudem fordert sie eine Senkung der Energiepreise mit Fokus auf die Senkung der Netzentgelte für grünen Strom.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

7. Überarbeitung der Kraftwerksstrategie (Kraftwerkskapazitäten, "Südbonus") gefordert**Beschreibung:**

Die IHK Nord betrachtet die in den Konsultationsdokumenten zur Umsetzung der Kraftwerksstrategie vorgesehene bevorzugte Behandlung des netztechnischen Südens, den sog. "Südbonus", als eine unverhältnismäßige Benachteiligung der norddeutschen Bundesländer. Demnach sollten zwei Drittel der bezuschlagten Anlagen im netztechnischen Süden Deutschlands errichtet werden. Eine solche Konzentration der Fördermittel würde zu einer einseitigen Verteilung der Investitionen führen und die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens benachteiligen. Der dringende Bedarf an neuen Kraftwerken und Speicherkapazitäten auch in Norddeutschland muss bei der geplanten Überarbeitung der Kraftwerksstrategie berücksichtigt werden.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

8. Südbonus im StromVKG benachteiligt den Norden; Ablehnung der Maßnahme**Beschreibung:**

Im StromVKG ist vorgesehen, dass zwei Drittel der bezuschlagten Anlagen für Langzeitkapazitäten im netztechnischen Süden errichtet werden („Südbonus“). Diese Maßnahme würde den Norden be-nachteiligen und sollte nicht eingeführt werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 293/26 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Versorgungssicherheit Strom und zur Bereitstellung neuer Kapazitäten und zur Änderung der Besonderen Gebührenverordnung BNetzA

Zuständiges Ministerium: [BMWE](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2605270054](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [\[alle SG dorthin\]](#)

9. Abschaffung der Luftverkehrsteuer**Beschreibung:**

Die geplante Absenkung der Luftverkehrsteuer bzw. Rücknahme der Steuererhöhung von 2024 reicht aus Sicht der IHK Nord nicht aus. Stattdessen fordert die IHK Nord die vollständige Abschaffung der Luftverkehrsteuer, zum Erhalt eines wettbewerbsfähigen Luftverkehrsstandorts Deutschland.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/5688 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMF](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[LuftVStG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [\[alle RV hierzu\]](#); Luft- und Raumfahrt [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605290007** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Verkehr (BMV) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1.000.001 bis 1.010.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Handelskammer Hamburg
2. Industrie- und Handelskammer Hannover

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

IHK-Nord-Jahresabschluss2025_Register.pdf